

17. Okt. 1914

Nummer 42

Hamburg, den 17. Oktober 1914

27. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Das fehlende Glied in den deutschen Wasserstraßen.

In diesen Kriegstagen wird das Volk auf mancherlei Mängel aufmerksam, die unserer Organisation des Wirtschaftslebens anhaften. In unserem Artikel „Militärische Ordnung und wirtschaftlicher Wirrwarr“ wurde bereits darauf hingewiesen, daß unsere wirtschaftliche Organisation durchaus nicht mit der militärischen auf gleicher Höhe steht, wenn auch anerkannt werden muß, daß Deutschland von allen jurezt im Kriegszustand befindlichen Ländern am günstigsten dasteht. Nach unserer Meinung wäre es bei einiger Voraussicht sehr leicht gewesen, die Erwerbsmöglichkeit für die gewerbliche Bevölkerung Deutschlands auch während des Krieges bedeutend günstiger zu gestalten, als sie jetzt ist.

Vor einigen Tagen wurde aus den skandinavischen Ländern berichtet, daß dort große Arbeitslosigkeit und Geschäftstillstand herrschen. Neutliche Mitteilungen kamen auch aus anderen neutralen Ländern. Die Arbeitslosigkeit in Schweden und Norwegen könnte ganz bedeutend vermindert werden, wenn es möglich wäre, die Zufuhr von Erz und Holz von dort sicher zu stellen. Da jedoch England erst vor einigen Tagen erklärte, daß es Erz als Kriegslieferung betrachte, so müssen die norwegischen und schwedischen Schiffe und Erzgrubenbesitzer ihren Betrieb einstellen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß die Transporte von englischen oder deutschen Kriegsschiffen gekapert werden. Einer der besten Stände Skandinaviens für Erz und Holz ist das westdeutsche Industriegebiet. Für die Industrie ist es unbedingt nötig, daß beide Güter sehr billig transportiert werden können. Am meisten trifft dies für Erz zu. Man ist jedoch der durch die Nordsee, den Dortmund-Emskanal und den Rhein führende Wasserweg durch den Krieg mit England verschlossen; der Eisenbahntransport über die langen schwedischen, dänischen und preussischen Strecken würde selbst dann zu teuer sein, wenn er möglich wäre. Nun liesse sich aber der Transport schwedischen Erzes und Holzes auf dem Wasserwege nach Westdeutschland in kurzer Zeit ermöglichen, wenn zwischen den beiden Wasserstraßenmeeren Deutschlands nicht das verhältnismäßig kurze Verbindungsstück von Hannover bis zur Elbe fehlte. Wäre es vorhanden, so könnte jetzt der Bedarf Deutschlands an schwedischem Erz auf der Ostsee nach Altona oder Stettin verschifft und von dort auf Kanalschiffen bis an den Verfüllungsort gebracht werden. Dadurch würde nicht nur die Arbeitslosigkeit in den neutralen skandinavischen Ländern gebessert, sondern auch den rheinisch-westfälischen Eisenerzern die Möglichkeit geboten, ihren Erzbedarf zu decken und zugleich Massengüter über diese neutralen Staaten auszuführen.

Von größerem Nutzen könnte und das fehlende Glied im Wasserstraßennetz sein bei dem Transport von Massengütern im Gebiet des Deutschen Reiches selbst. Während des Krieges müssen wir damit rechnen, daß teilweise die Eisenbahnen ganz oder fast ganz von der Armeekolonie abgegriffen werden. Außerdem muß aber die Armeekolonie bei ihren Anordnungen berücksichtigen, daß die großen Städte und Industriebezirke auf die regelmäßige Zufuhr von Nahrungsmitteln, Kohlen usw. angewiesen sind. Diese Zufuhr kann heute auf den Eisenbahnen immer nur für wenige Tage unterbrochen werden. Leider wären jedoch die Dispositionen der Armeekolonie zu treffen, wenn auf einer durchgehenden Wasserstraße Nahrungsmittel und Futtermittel, Getreide, Baumaterialien usw. nach dem Westen und in die Großstädte transportiert werden könnten und wenn der Osten den notwendigen Bedarf an Kohlen, Holz, Zement usw. auf dem gleichen Wege beziehen könnte. Wenn unsere Armeen weiter nach Russland eingedrungen sein werden, dann wird die Zahl der für die Armeekolonie gebrauchten Eisenbahnwagen bedeutend sinken, so daß unter Umständen der Anlandverkehr zu Wirtschaftszwecken unter Wagenmangel zu leiden hat. Mehrere deutsche Industriezweige sind auf die ständige Holzzufuhr aus Russland angewiesen. Die deutsche Zugschiffahrt bezug zum Beispiel bisher Alpenholz in großen Mengen aus Russland. Sobald

größere Gebietsteile Russlands von unsern Truppen besetzt sind, könnte diese Zufuhr wieder aufgenommen werden; dazu ist aber in Russland die Benutzung der Wasserstraßen nötig, die zum Teil mit den ostdeutschen Wasserstraßen in natürlicher Verbindung stehen. Bei der Betrachtung aller dieser Umstände kommt man zu dem Ergebnis, daß es gleichbedeutend wäre mit der Verneinung des Wagenparcs der Eisenbahn um viele tausend Wagen, wenn die fehlende Kanalstrecke vorhanden wäre. Leider ist sie nicht vorhanden.

Die Reichs- und Staatsbehörden müssen sich in der jetzigen Zeit viel mit der Frage beschäftigen: Wie können wir für die nicht im Felde stehenden Arbeiter Arbeit beschaffen? Wie haben oben angedeutet, wie nützlich der Kanal Hannover-Elbe sein könnte. Die jetzigen Zustände sollten uns belehren, daß kein Bau unbedingt notwendig ist, und zwar nicht nur für Kriegszwecke. Wenn der Kanal jetzt in Angriff genommen würde, würde er während dieses Krieges wahrscheinlich nicht mehr nützlich können; das sollte aber kein Grund sein, ihn nicht zu bauen. Für den preussischen Landbau könnte es keinen gesünderen Zeitpunkt geben, den Bau des Hannover-Elbe-Kanals zu genehmigen, als die nächste Session. Einmal ist es jetzt besonders leicht, Beweise für die Nützlichkeit des Kanals beizubringen, und zum zweiten Male an diesem Ort für mehrere tausend Arbeiter Arbeitsgelegenheit geschaffen werden bei einer Arbeit, die nicht Notstandsarbeit im herkömmlichen Sinne ist.

Unsere Familienunterstützung.

In Nr. 27 des „Grundstein“ veröffentlichten wir das Ergebnis einer Umfrage bei den Zweigvereinen, durch die die Wirkung des Krieges auf das Organisationsleben zahlenmäßig festgestellt werden sollte. Dabei bedauerten wir, daß von 940 Zweigvereinen 147 auf die Anfrage des Verbandsvorsitzenden überhaupt nicht geantwortet hätten. Als unmittelbare Gründe für diese Tatsache führten wir an, daß in manchen Zweigvereinen das Organisationsleben infolge der Einberufung unserer Mitglieder und Verwaltungsbeamten ganz ruhegesetzt sei und daß eine Anzahl der Vereine in der teilweise von Feinden besetzten Grenzgebieten die Aufforderung zur Berichterstattung überhaupt nicht erhalten hätten. Durch verschiedene inzwischen eingegangene Berichte ist festgestellt worden, daß diese Vermutungen richtig waren. Insbesondere war eine Anzahl ostpreussischer Vereine nach dem Russeneinbruch wochenlang von der Verbindung mit Hamburg und selbst mit Königsberg abgeschnitten, so daß unsere dortigen Kollegen über die Vorgänge im Verbandsrat erst unterrichtet werden konnten, als die Russen jenseits vernichtet oder über die Grenze zurückgedrängt waren.

Anfang September forderte der Verbandsvorstand die Zweigvereine erneut auf, zu berichten, wie viele ihrer Mitglieder bis zum 13. September zum Militär eingezogen waren. Er brauchte diese Zahlen zur Festlegung der Familienunterstützung. Leider ist eine große Anzahl der Antworten auch diesmal nicht rechtzeitig eingetroffen, ja selbst heute können wir, trotz unserer langen Wartezeit, eine vollständige Uebersicht nicht geben. Immerhin ist die Uebersicht vollständiger als im August. Obwohl die Zahl der vorhandenen Zweigvereine von 940 auf 915, also um 25 zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der berichtenden Vereine um 42, nämlich von 798 auf 840 vermehrt. Es haben also diesmal 40 Vereine nicht berichtet. Davon entfällt wieder ein verhältnismäßig großer Teil auf die östlichen Provinzen, wo sich das Organisationsleben von dem Westen der Russenherden immer noch nicht erholt hat. Auf diese Provinzen entfällt auch ein verhältnismäßig großer Teil der eingegangenen Zweigvereine. Die meisten dieser Vereine sind mit andern, größeren Vereinen verschmolzen worden, weil die Mitgliederzahl infolge der Einberufungen stark gesunken war oder bei dem Mangel an Verwaltungsbeamten das Weiterbestehen dieser Zweigvereine nicht zweckmäßig war.

Ueber die Zahl der bestehenden und berichtenden Zweigvereine in den einzelnen Bezirken, über ihre Mitgliederzahl

am Schluß des zweiten Vierteljahres und über die Zahl der bis zum 13. September zum Militär eingezogenen, sowie die den Zweigvereinen bekannt ist, unterrichtet folgende Aufstellung:

Bezirk	am Schluß des zweiten Vierteljahres	am 13. September	abwesend zum Kriegsdienst	Mitglieder am Schluß des zweiten Vierteljahres	abwesend zum Kriegsdienst bis 13. September
Königsberg	21	18	8	6 841	3 199
Bromberg	49	42	32	8 780	3 687
Stettin	67	64	61	6 833	2 029
Breslau	65	63	58	16 533	4 847
Berlin	92	92	87	24 667	5 125
Halle	97	96	88	16 359	4 449
Magdeburg	49	49	48	11 353	2 842
Frankfurt	15	15	13	19 746	5 513
Cöln	15	15	14	20 088	5 569
Dortmund	19	19	19	14 032	3 519
Hannover	49	49	44	12 166	3 108
Bremen	35	35	31	12 583	3 355
Hamburg	83	82	77	19 835	4 758
Hof	65	66	62	5 519	1 828
Dresden	18	17	17	21 788	5 149
Schleswig	84	83	78	33 221	9 267
Münster	28	27	25	11 904	3 414
München	45	45	38	11 472	2 976
Stuttgart	9	9	8	6 829	2 442
Karlsruhe	18	18	17	13 688	4 231
Strasbourg	13	11	10	7 012	1 892
Vereine insges.	940	915	835	300 689	89 149

In den 835 berichtenden Zweigvereinen waren also am Schluß des zweiten Vierteljahres 300 689 Mitglieder. Von diesen hatten sich bis 13. September 89 149 als zum Militär eingezogen abgemeldet. Die Zahl der als abgemeldet festgestellten Mitglieder war am 13. September um 18 199 höher als am 29. August. Wie viele Mitglieder am 13. September überhaupt noch vorhanden waren, ist diesmal nicht festgestellt worden, so daß nicht angegeben werden kann, wie viele Mitglieder ohne Abmeldung in den Krieg gezogen sind. Daß ihre Zahl nicht klein ist, haben wir bereits in Nummer 27 des „Grundstein“ erwähnt, daß geht auch aus sehr vielen der veröffentlichten Zweigvereinsberichte hervor. So sagt z. B. der Zweigverein Regensburg in seinem Bericht: „268 Mitglieder sind bis jetzt als zum Kriegsdienst einberufen gemeldet. Hätten alle einberufenen Mitglieder ihre Bücher eingeleistet, so dürfte sich diese Zahl wohl um 25 bis 30 erhöhen. Wir hätten aber nur die, die sich abgemeldet haben.“ Und der Zweigverein Rattow berichtet: „Die Zahl der gemeldeten zum Militär eingezogenen Kollegen beträgt rund 200. Tatsächlich ist ihre Zahl doppelt so hoch sein. Aber viele Kollegen wurden durch die Ereignisse übersehen.“ Während sie am Sonnabend nachmittag noch nicht ahnend in ihre Heimat saßen, fanden sie in ihrer Heimat den Mobilisationdschluß vor. Dies bedeutet für viele die sofortige Einberufung, so daß sie keine Zeit und Gelegenheit mehr hatten, sich abzumelden.“ Diese Berichte zeigen, daß die Zahl der eingezogenen Verbandsmitglieder am 13. September beträchtlich höher war, als es nach der obigen Aufstellung den Anschein hat. Und seit dem 13. September ist natürlich eine große Anzahl weiterer Verbandsmitglieder eingezogen worden.

Von den 82 149 abgemeldeten Eingezogenen sind nach der Umfrage bei den Zweigvereinen 60 300 unterstützungsberechtigt, das heißt, ihre Familien konnten im Oktober die vom Verbandsvorstand und Verbandsrat festgesetzte Familienunterstützung in Empfang nehmen. Die übrigen waren entweder noch kein Jahr Mitglied, oder sie waren mehr als acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand, oder es waren Ledige, deren Eltern zum Bezuge der Unterstützung nicht berechtigt waren, weil sie von den Eingezogenen auch vor dem Kriege nicht unterstützt worden sind. Letztere bilden die übergroße Mehrzahl der 21 849 nicht unterstützungsberechtigten. Unterstützungsberechtigte Ledige gab es nur 8407. Von den unterstützungsberechtigten Verheirateten haben 7811 keine Kinder; ein Kind haben 13 302, zwei Kinder 14 786, drei Kinder 10 518 und



vier und mehr Kinder 10 626. Wie sich diese Zahlen auf die einzelnen Bezirke verteilen, ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Table with columns: Bezirk, Anzahl der Kinder, Anzahl der Familien, etc. Rows include: Berlin, Hamburg, Köln, etc.

Berechnet man die Höhe der im Oktober ausgefallenen Familienunterstützung nach den vom Verbandsvorstand festgelegten Sätzen, so ergibt sich, daß an die Familien der Eingezogenen rund M. 659 000 ausgeschüttet worden sind.

Nach den Beschlüssen, die im August Verbandsauschuß, Bezirksleiter und Verbandsvorstand in gemeinsamer Sitzung gefaßt haben, darf die Familienunterstützung nur einmal ausgeschüttet werden.

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände erklärt, daß, ehe die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer durch das Reich und die Gemeinde ausgeschüttet werden soll, eine vorläufige Gültigkeit der Gewerkschaften in einzelnen Fällen angebracht war.

Nach diesem Beschluß darf also aus den derzeitigen Kassenspenden der Gewerkschaften, die unter den großen Ausgaben für Arbeitslose usw. bei mehreren Verbänden leider schon sehr zusammengeschmolzen sind, keine Familienunterstützung mehr gezahlt werden.

Die Lüge als Kriegswaffe.

Unter allen neuzeitlichen Staaten ist zweifellos Großbritannien der verlogenste. Zwar ist die Lüge und das Verschweigen der Wahrheit ein wichtiges Erfordernis der Diplomaten aller Länder, aber in seinem Lande der Welt hat das Vorgehen so vollständig die Art der Diplomaten nachgeahmt wie in England.

Es hat in Deutschland große Entrüstung hervorgerufen, daß das sonst so raffinierte England die gelben Japaner als Bundesgenossen gegen Deutschland aufgerufen hat. Aus den vielfachen Enttäuschungen konnte man weiter entnehmen, daß es in Deutschland als eine ganz besondere Schande für England angesehen wurde, daß es außer den Japanern auch noch eigene schwarze und braune Schöner gegen uns ins Feld führt.

Für den Wert der englischen Fremdmittel ist folgendes Geschichtchen bezeichnend: Bei dem Oberhauptling der Zulus, Khechwenyo, erschien eines Tages ein englischer Missionar, um die Zulus zum Christentum zu bekehren.

Wenn Alt-England seinen vier genannten Kolonien nicht die Selbstregierung gegeben hätte, so würde es diese längst verloren haben, trotzdem oder vielleicht weil die Wehrmacht der weißen Bewohner dieser Kolonien englischer Abstammung sind.

Für die Bevölkerung der britischen Kolonien sind fünf verschiedene Regierungssysteme maßgebend. Kanada, Neuseeland, Australien, Neuseeland und Südafrika regieren sich selbst durch ein gewähltes Parlament.

dieser Art mögen Ägypten und Japaner gelten. Den wichtigsten Beleg dafür, wie sehr England für die Freiheit und Demokratie der andern schwärmt, liefert uns Indien. Die rund 298 Millionen Eingeborenen Indiens haben kein Parlament. Sie werden absolut regiert von einem Kollektrum von wenigen Männern, die von England ernannt werden.

Über neben dem Verbrechen, daß England fortgesetzt an Indien begehrt, hat es auch an andern Völkern eine tiefsichtige Blutschnur auf sich gezogen. Wenn das Dichterverbot wahr ist, daß sich jede Schuld auf Erden nicht, dann müßte das englische Volk eines Tages radikal ausgerottet werden.

Alle kolonialen Grausamkeiten Englands wurden jedoch überboten durch sein Vergehen in Irland. Die Iren, diese nächsten Nachbarn Englands haben erfahren müssen, daß es seinen grausameren und unbarmherzigeren Feind gibt als England.

Wirtschaftliche Rundschau.

Table with columns: Stat und Getreidepreise, Brotgetreideproduktion und Bedarf, Der Zuckermarkt, etc. Rows include: 8. August bis 5. September, 7. September, etc.

Die Berliner Kreisbücherei betragen in den vorangegangenen Jahren 1913 und 1912: beim Budget Nr. 164,50 und Nr. 158,50, beim Budget Nr. 198,90 und Nr. 217, — und im Budget im Monat September 1913 und 1912: beim Budget Nr. 175,05 und Nr. 162,11, beim Budget Nr. 214,50 und Nr. 198,42. Die höchsten Monatsbuchumsätze während dieser Periode mit 199,07 im Mai 1912, der Budget mit 231,90 im Juni 1912. Man sieht, die Kreisbücherei ist nicht gering, obwohl zu den Katastrophengebieten des Auslandes noch lange keine Veranlassung vorliegt.

Die alten Buchverhältnisse wie die neuen Entwerfergebnisse bieten zu solchen Preissteigerungen kaum irgendwelchen Anlaß. Nach den Colloquien des Monatsberichts, die jetzt als Sonderausgabe unter dem Titel „Das Buchverhältnis im Krieg“ erschienen, wird man etwa auf folgenden Dingen stehen können: Die überhöhten Preise für die Buchverfertigung des deutschen Buches ausreizen. Das die neue deutsche Ernte betriff, so wird ihr Ertrag (abzüglich amtliche Beiträge, die liegen noch nicht vor) ungefähr dem des Jahres 1913 gleichzusetzen sein. Demals ergab die amtliche Schätzung eine Brotgetreideernte von 17,81 Millionen Tonnen, von denen als Ausfuhr 15,8 Millionen für die menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke verbleiben. Für die menschliche Ernährung bedürftig war die zu nächst Ernte höchstens 12,0 Millionen Tonnen, so daß nur die Ernte höchstens 1,0 Millionen Tonnen beitragen sollte, die alle Ernte auch dann für die tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke 4,8 Millionen Tonnen. Es verbleiben also ausreißendes Quantum, die mehrheitlich Beobachtungen Feinschwachs besonders günstiger Vorbedingungen wäre Deutschland wohl imstande, aus seinen Vorräten und aus der Ernte 1914 die Verproviantierung des ganzen Volkes mit Brotgetreide hinreichend zu decken, was jeder Preissteigerung die Spitze bieten müßte. Es können aber durch die amtliche Schätzung entstehen, aber ein Mangel für den gesamten deutschen Markt kann nicht eintreten — abgesehen von den Einfuhrmöglichkeiten aus Produktionsländern wie Rumänien und unter Umständen auch über neutrale Vermittlungsstellen wie Holland, Dänemark und Schweden.

Die Preissteigerung um 50 bis 100 Prozent ist um so demütigend, weil sich ohne Beendigung der Preissteigerungen in der Buchverfertigung schwerer zu umfassen werden, als noch der Markt zurück, solange die Ernte nicht eintrifft. Zu gleicher Zeit wird auch ein erheblicher Einbruch in den Zuckermarkt und die Zuckerproduktion in allen von den verschiedenen Seiten her, allerdings hier unter einem viel stärkeren Zusammenbrechen der beteiligten Interessen. Deutschland erzeugt auf diesem Gebiete beinahe vollständig selbst, als es selber verbraucht. Die Menge des gewonnenen Rohzuckers betrug:

Table with 2 columns: Year and Quantity. 1905/06: 23 147 790 dz; 1906/07: 21 243 280; 1907/08: 20 770 710; 1908/09: 19 803 870; 1909/10: 19 475 800; 1910/11: 35 129 928 dz; 1911/12: 34 077 810; 1912/13: 26 289 220; 1913/14: 26 167 740.

Auf Verbrauchszugerechnet, ergibt dies nach dem Durchschnitt der letzten beiden Jahre gegen 20 Millionen Doppelzentner Zuckerproduktion, wobei Deutschland nach dem bisher üblichen Verbrauch nur ungefähr 13 Millionen selber verbrauchen würde.

Die Nachfrage für das staatliche Eingreifen laufen hier noch durcheinander. Die Exporteure möchten, wie bisher, einfach die ganze Ausfuhr erhalten sehen, während die Reichsregierung zunächst ein Ausfuhrverbot erließ, wesentlich mit der Spitze gegen Frankreich, das unter der schwachen Führung seiner Regierung die Industrie des Auslandes zum Teil eine Festsetzung von Mindestpreisen, um Schutzzölle, die sie durch Überfüllung des Marktes entstehen, zu vermeiden. Die Landwirte, wenigstens soweit sie an der Viehproduktion beteiligt sind, empfehlen eine stärkere Verfüllung der Mägen, oder doch eine Herabsetzung der Zuckereinfuhr aus den Mägen, um nachfolgende Minderungen, sogenannte Zuckerschmelze mit 5 bis 7 Zentner, zu gewinnen. Diese können sich verhalten oder auch als Zuckerschmelze aufbewahrt und sogar in den Handel gebracht werden. Das Konsuminteresse steht natürlich dahin, durch Verbilligung beziehungsweise durch Steuerermäßigung, die in diesem Falle noch keineswegs einen Verlust für die Reichskasse zu bedeuten beachte, den Zucker zu beschaffen, der nicht nur einen Nutzen, sondern einen verbodenen Gewinn bringt. Die Regierung läßt sich jedoch an, daß sie eine Ausfuhr in der Höhe des Bedarfs der neutralen Länder (also nicht nach England, dem bisher größten Exportabnehmer) gestatten wollte, unter Vorbehalt jeberzeitiger Wiederannahme des Ausfuhrverbotes bei Herabsetzung der vorgezeichneten Ausschüttung.

Die deutsche Rohzuckerproduktion, nach den vorläufigen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, liegt wie wohl kaum ein anderer Gewerbezweig die Schwierigkeiten der Weltmarktlage, die päpstliche Entschiedenheit der Reichsregierung durch die Einberufung, schließlich die militärischen Vorgänge in Luxemburg und im saarbrückischen Grenz- und Süddeutschland. Die Monatsproduktion betrug im August insgesamt nur 625 227 Tonnen gegen 1 504 345 Tonnen im Juni des laufenden Jahres und gegen 630 000 Tonnen im August 1913. Die Eisen- und Stahlindustrie, die oben nicht und auch die anderweitige Verwendung durchaus nicht vollständig stufen kann, so werden schon die Septembererträge wahrscheinlich ebenfalls anders ausfallen.

Reelin, 6. Oktober 1914. Max Schippel.

Wochmal: Volkswirtschafts-Kriegsversicherung.

Anfragen aus Kreislagen zeigen uns, daß man sich nicht überfordern darf, welche Rechte sich jene Personen sichern, die von der Kriegsversicherungsanstalt der Volkswirtschaftler Anteilnahme an den Namen irgend eines Krieges teilnehmenden Angehörigen, Freunde oder Bekannten erwerben. Man hat zum Beispiel gefragt, wie hoch die Summe sei, die der Versicherer Anteilnehmer erhalte, wenn der Mann, auf dessen Namen der Anteilnehmer lautet, im Krieg falle. Ferner hat man gefragt, ob die Versicherer Anteilnehmer nach dem Krieg ihr eingezahltes Geld zurück erhalten, wenn der Mann, auf dessen Namen sie gezogen sind, aus dem Krieg zurückkehrt, oder ob in diesem Falle das eingezahlte Geld auf Rechnung des Empfängers weiterlaufen, oder ob es der Volkswirtschaftler verfallt. Wir teilen deshalb folgendes mit:

Mit der Kriegsversicherung ist es in einer Hinsicht genau wie mit jeder anderen Versicherung: ausgezahlt werden Versicherungssummen nur an jene Versicherer, die Unglücksgeld haben, das heißt in diesem Falle, an Versicherer, deren Angehörige, Freunde oder Bekannte infolge des Krieges sterben. Ebenso, wie bei der Krankenversicherung, wie bei der Feuerversicherung, die krank sind, Feuerfahnen, die Kriegsversicherung nur Leute nach einem Unfall ausbezahlt, wie bei der Feuerversicherung, die einfallen von der Kriegsversicherungsanstalt nur die Summe der Versicherungssumme, deren Versicherer im Falle fallen oder innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß infolge einer während der Kriegsdienstleistung erlittenen Verletzung, Verunglückung oder Erkrankung sterben. Versicherer von Anteilnehmern, deren Angehörige, Freunde oder Bekannte aus dem Krieg zurückkommen, erhalten nichts. Sie erhalten auch die Kranken- oder Feuerversicherung, wenn etwas von dem Kranken- oder Feuerfahnen haben, die eingezahlten Beiträge oder Prämien zurückzahlen kann, ebenso wie man die Kriegsversicherungsanstalt an Versicherer, deren versicherte Personen im Krieg mit dem Leben davonkommen, die eingezahlten Beiträge zurückzahlen. Würde das geschehen, dann könnten ja die Angehörigen jener Versicherer, die infolge des Krieges sterben, auch nicht mehr zurück erhalten, als sie eingezahlt haben; die Versicherung wäre also wertlos. Die Kriegsversicherung besteht ja gerade darin, daß die Angehörigen oder Freunde der Versicherer, die infolge des Krieges sterben, auf ihre Anteilnahme mehr, und zwar betragsmäßig weit zurückzahlen, als sie eingezahlt haben.

Die Sache ist so, daß die gesamte für Anteilnehmer eingezahlte Summe an die Versicherer von Anteilnehmern verteilt wird, deren Angehörige, Freunde oder Bekannte infolge des Krieges gestorben sind. Wie hoch die auf jeden Anteilnehmer entfallende Summe ist, läßt sich vor Beendigung des Krieges nicht sagen, weil man nicht weiß, wie viel Anteilnehmer genommen werden und wie viele Versicherer infolge des Krieges ihr Leben lassen müssen. Es ist möglich, daß auf jeden Anteilnehmer zu M. 5, der auf den Namen eines infolge des Krieges gestorbenen Mannes gezogen ist, M. 100 oder mehr ausbezahlt wird. In diesem Falle bekäme der Versicherer von zehn Anteilnehmern M. 1000 oder mehr. Die Kriegsversicherungsanstalt besteht von den eingezahlten Geldern eines Krieges infolge der Erträge für ihre gesamte Tätigkeit lediglich die Zinsen der in ihre Verwaltung gegebenen Gelder. Dadurch unterscheiden sich diese Versicherer von anderen Versicherungen, die für die Versicherungsleistungen in der Regel einen sehr hohen Gewinn abwerfen.

Der Volkswirtschaftler, dem Mitteilungsbüro der Versicherungsanstalt gleichen Namens in Hamburg, entnehmen sie folgende Ausführungen über den Zweck der Kriegsversicherungsanstalt und über die Möglichkeiten der Erwerbung von Anteilnehmern:

Größer und dauernder als für die arbeitlos gewordenen Arbeiter und deren Familien wird die Not nach Beendigung des Krieges für die Familien derjenigen Arbeiter, die im Dienste des Vaterlandes ihr Leben opfern müssen und deren Witwen und Waisen den Erwerb zu bewirken haben. Für sie zu sorgen ist eine dringende Pflicht. Hier will die Volkswirtschaftler durch Einrichtung einer Kriegsversicherungsanstalt, die es den Angehörigen der Kriegsteilnehmer ermöglicht, sich für eine geringe einmalige Zahlung nach Beendigung des Krieges eine größere Summe zu sichern, wenn der Vater, der Sohn oder der Bruder im Krieg fällt oder an einer im Krieg erlittenen Verletzung, Verunglückung oder Krankheit im Zeitraume von drei Monaten nach dem Friedensschluß stirbt. Um möglichst allen Familien der Kriegsteilnehmer die Kenntnis von dieser Einrichtung der Volkswirtschaftler zu vermitteln, werden die gewerkschaftlichen Orts- und Bezirksorganisationen und die Konsumvereine aufgefordert, ihre in den Krieg gezogenen Mitglieder je nach Möglichkeit in den Angehörigen den Kauf von Anteilnehmern in persönlicher Rücksprache zu empfehlen. Wo das nicht möglich ist, sollten die Adressen der Kriegsteilnehmer den Mitgliedern der Volkswirtschaftler mitgeteilt werden, damit von ihnen aus den Angehörigen nähergetreten werden kann.

Anteilnehmer im Werte von M. 5 können bei allen Versicherungsstellen im Reich und beim Hauptbüro der Volkswirtschaftler in Hamburg bezogen werden. Für einen Anteilnehmer können bis zu 20 Anteilnehmer erworben werden. Der Bezug der Anteilnahme soll einfach und leicht und der Betrag so billig wie möglich sein, damit die ganze eingegangene Summe ohne Abzüge an die Empfängerberechtigten zur Auszahlung gelangen kann. Die Versicherungsstellen erfolgen von der Hauptverwaltung in Hamburg in beliebiger Zahl, jedoch, die sie durch ihre Vertrauensmänner an Interessenten, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen weitergeben können. Wer einen Anteilnehmer erwerben will, fällt diese Karte dem Vorstand entsprechend auf der Rückseite aus und schickt sie entweder

direkt an die Hauptverwaltung ein oder liefert sie mit dem Betrage von M. 5 an die Rechnungsstelle zurück. Erfolgt der Antrag durch Karte beim Hauptbüro, so ist gleichzeitig der Betrag von M. 5 für jeden Anteilnehmer per Post einzulösen. Die Versicherung beginnt mit der Unterzeichnung der Karte bei der Post oder bei der Rechnungsstelle. Die Einzahlung für Anteilnehmer kann auch durch Postcheckzahlkarte bewirkt werden unter der Adresse: Volkswirtschafts-Kriegsversicherung, Postfach 7058, Hamburg 5, Postfach 7058. Der bei dem Postamt der Versicherung beginnt dann mit der Einzahlung der Karte bei dem Postamt. In diesem Falle ist aber dann unverzüglich an die Hauptverwaltung direkt oder durch Vermittlung einer Rechnungsstelle eine Karte zu richten, auf der der Name, die militärische Stellung, das Armeekorps und das Regiment des zu Versicherenden und die Adresse der Angehörigen, zu deren Gunsten die Versicherung abgeschlossen wird, deutlich angegeben sein müssen.

Verbände und Vereine können sofort Kollektivversicherungen abschließen in listenmäßiger Form mit der Bestimmung, daß die besagten Versicherungen mit der Einzahlung bei der Post im Kraft treten. Die Namen und Adressen der zu Versicherenden und der Empfangsberechtigten müssen dann in kürzester Zeit nachgeliefert werden. Selbstverständlich ist, daß für bereits gefallene Kriegsteilnehmer die Last der Todes- oder Verletzung der Angehörigen, die ihren während der Kriegsdienstleistung erlittenen Verletzung, Verunglückung oder Erkrankung nicht bekannt, aber ungewiss nachher festgestellt werden, dann erhalten die Antragsteller den einbezogenen Betrag vollständig wieder zurück. Die Versicherenden oder Empfangsberechtigten haben beim Eintritt des Todes eines versicherten Kriegsteilnehmers die ihnen zugehörige amtliche Mitteilung der Verwaltung ungewiss zu senden zur Feststellung der Höhe der Empfangsberechtigten. Diese Schriftstücke werden auf Verlangen wieder zurückgegeben.

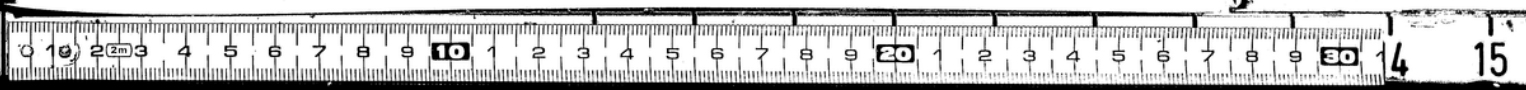
Die Vorbereitungsarbeiten für die Volkswirtschafts-Kriegsversicherungsanstalt haben das Insbesondere etwas verzögert, so daß erst jetzt, zwei Monate nach Kriegsausbruch, mit dem Betrieb begonnen werden kann. Zweck des Betriebes, möglichst rasch die Interessenten von der Einrichtung zu unterrichten, wurde die erfolgte Gründung publiziert werden, zu unterrichten, mußte die einzelnen Organe der Volkswirtschaftler zu unterrichten. Mittlerweile ist das nachgeliefert worden, wir bitten unsere Rechnungsleiter und Vertrauensmänner, ihre Tätigkeit auch dieser Arbeit zu widmen. Es werden ihnen ihre Bemühungen nach Beendigung des Krieges von den Angehörigen der besagten Versicherer herzlich dankbar werden. Es gilt dieses Werk praktischer Geschäfte allseitig so zu fördern, daß die weitesten Kreise der Volkswirtschaftler und Uneigennützigkeit der Volkswirtschaftler und der sie stützenden gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen anerkennen müssen; aber vor allem gilt es dafür zu sorgen, daß die Wohlthat der geschaffenen Kasse möglichst viel Familien zum Nutzen und Gedeihen der Volkswirtschaftler zuteil wird. Ihre Not zu lindern ist der wichtigste Zweck, dem die Volkswirtschaftler dienen will!

Sicherung der Kartoffelernte.

Durch die Tagespresse ging in den letzten Tagen nachstehende Mitteilung:

„Die Deutsche Tagespost“ mitteilt, hat die Gesellschaft zur Förderung des Russen und der vorkriegsständigen gewerblichen Verwendung der Kartoffeln sich bereits am 25. September mit einer Eingabe an den Herrn Staatssekretär des Innern gewandt und auf die zahlreichen Klagen über mangelnde Arbeitskräfte zur Kartoffelernte hingewiesen. In dieser Eingabe war gesagt, daß die Kartoffelernte höchstens ein Drittel der Ernte betragen wird und der Bedarf an Arbeitskräften für die letzten beiden Jahre bei weitem nicht erreichen wird. Es ist daher eine unbedingte Notwendigkeit, daß nicht nur alle Kartoffeln einzuwerten, sondern dieselben auch so reichlich zu ernten, daß sie sich in unbedingtem Maße zu verwenden sind. Die Gesellschaft hat daher auch die Notwendigkeit, die Ernte zu vermindern, die Gesellschaft hat in ihrer Eingabe den Vorschlag gemacht, soweit irgend möglich, die Kriegsgelangenenen zu dieser Arbeit zu verwenden, unter denen sich ganz besonders geeignete Arbeitskräfte gerade für die Kartoffelernte befinden. Kommen doch schon in Friedenszeiten Tausende russischer Arbeiter speziell zur Kartoffelernte über die Grenze. Wie mitgeteilt wird, gibt es im Osten zahlreiche Arbeitskräfte, die bisher ihre Kartoffelernte fast ausschließlich mit Hilfe russischer Leute eingebracht haben. Die Gesellschaft hat daher auch weiterhin den Vorschlag gemacht, in den verlassenen Wirtschaften Ostpreußen, deren Bewohner zum Teil nach Westpreußen und Hannover gebracht worden sind und hier erste nicht zu vernachlässigen sind, die Einbringung der Kartoffelernte an Interessenten zu vergeben, denen, soweit es mit der militärischen Lage vereinbar ist, Geheime zur Verfügung zu stellen wären. Die Gesellschaft hat weiter dazu gebeten, durch die Verwaltungsorgane die Bewilligung über den Einsatz der westpreussischen und hannoverschen Arbeiter zu beschaffen, die verlassenen Wirtschaften in die Einbringung der Kartoffelernte zu sehen, nachdrücklich aufzufordern, weil angeblich Frauen, die sonst gewohnheitsmäßig bei der Kartoffelernte helfen, sich jetzt zu arbeiten weigern, da sie Unterfindung erziehen.

Wenn die hier ausgesprochene Behauptung richtig wäre, nämlich daß Frauen sich deswegen weigern bei der Kartoffelernte zu helfen, weil sie Unterstützung bekommen, so müßten diese Frauen außerordentlich bedürftig sein. In keinem einzigen Falle, und namentlich nicht in ländlichen Gegenden, ist die Unterstützung für die Kartoffelernte nicht noch genutzbar. Wir vermuten aber, daß die Weigerungen zurückzuführen sind auf die gerade ablaufende Behandlung, die viele Landwirte während der Getreideernte den untergeordneten Arbeitern entgegengebracht haben. Wir sprechen es offen aus: Viele untergeordnete Arbeiter können nicht mit Menschen umgehen! In ihrem Geschäftsleben hat die Vorstellung, daß Menschen, die bei andern ihr Brot verdienen müssen, minderwertig sind, so sehr, daß sie es auch in der jetzigen



schweren Zeit nicht über sich gewinnen können, die schlechte Behandlung gegenüber deutschen Arbeitern zu unterlassen. Wer gegenüber den holländischen Arbeitern, die bereit sind, bei der Einbringung der Kartoffelernte zu helfen, das es ihnen bei der Ankunft auf den Gütern nicht wieder entgegenkommt: „Arbeiten könnt Ihr, wenn Ihr Euch etwas zu essen mitgebracht habt, Nachtlager und Essen geben wir Euch nicht.“ Diese Einbrüche wirken ganz selbstverständlich nach. Die Arbeiter haben vielfach die Meinung ausgesprochen, daß der Wehrdienst der deutschen Landwirte jedes Verfehlen der gesellschaftlichen Zusammenhänge fehlt, und daß sie den Krieg nur von ihrem Standpunkt als Vieh- und Fruchtproduzenten beurteilen, als eine für sie besonders günstige Gelegenheit, Geld zu machen.

Zu dem Vorschlage, gefangene Russen mit der Kartoffelernte zu beschäftigen, möchten wir bemerken, daß es den Organisationen der Grundbesitzer unbekannt zu sein scheint, daß unter den vielen russischen Heilbarbeitern, die bis vor einigen Monaten in Deutschland arbeiteten, eine Anzahl Spione waren. Sollen wir jetzt sogar während des Krieges den Russen Gelegenheit zur Spionage geben? Das können die Landwirte nicht wollen. Um aber den Klagen über Arbeitermangel abzuhelfen, schlagen wir vor, daß die Behörden die Russen in Boden und den Landwirten in Unternehmen und Baum durch angeworbene Arbeiter ernten lassen. Wir sind überzeugt, die Behörden werden Arbeiter genug bekommen. Außerdem brauchen dann die deutschen Landwirte ihren Umhangsformen dadurch keinen Abgang anzutun, daß sie mit deutschen Arbeitern deutsch verkehren. So wäre beiden Seiten geholfen.

Unser Verband und die Bautätigkeit unter dem Kriegszustand.

Nachstehend führen wir mit der Veröffentlichung der aus den Zweigvereinen und Bezirken eingegangenen Berichte fort. Der Rest der bis jetzt eingegangenen Berichte wird in nächster Nummer veröffentlicht werden.

Zweigverein Mannheim-Ludwigshafen.

Infolge der Mobilmachung lagen in unserem Vereinsgebiet am 2. August mehr als die Hälfte aller Bauten still; auf der noch fortgeführten wurde mit vermindelter Arbeiterzahl gearbeitet. Weit über 1700 Bauarbeiter im Holz- und Tiefbauwerke waren mit einem Schlag arbeitslos. Zurückzuführen war der plötzliche Stillstand zum Teil auf Mangel und Mangel an Material infolge des Wagnis- und Schiffverkehrs, ferner darauf, daß viele Unternehmer und auch städtische Bauleiter zu den Waffen einberufen wurden. Ein Privatbau mußte eingestellt werden, weil die Militärverwaltung die Baustelle wegschloß. Infolge des Sturmes auf die Banken gerieten viele Unternehmer in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. In diesem Zuge erhielten deshalb viele Kollegen keinen Arbeitslohn; in drei Fällen warteten die Kollegen oder Frauen heute noch auf den verdienten Lohn. In Mannheim waren am Tage der Mobilmachung 104 Neu- und 3 Umbauten in Arbeit. In Ludwigshafen war die Bautätigkeit prozentual ebenso stark. In der zweiten und dritten Woche nach der Mobilmachung wurde die Bautätigkeit nach und nach wieder aufgenommen; etwa 400 Arbeiter konnten wieder unterkommen. In anderen Bezirken war die Arbeitseinstellung nicht so stark wie im Baugewerbe; aber Bauarbeiter konnten dort trotzdem nur sehr wenige untergebracht werden und auch dann nur vorübergehend. Die Ernte war hier zu Beginn der Mobilmachung bereits eingebracht, die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft daher sehr gering. Wo es trotzdem möglich war, unterzukommen, hätten die Arbeiter nur für das Essen arbeiten sollen.

Gemeinde und Staat haben hier gemeinsam versucht, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. In Mannheim, wo eine städtische Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist, wurde auch noch für Kostenträgerleistungen gesorgt und versucht, die liegenden Liegenschaften wieder weiterzuführen. Einige Bauten konnten bis jetzt noch nicht weitergeführt werden, weil die Unternehmer, die die Bauten übernommen haben, eingezogen sind. Da die Fortführung dieser Bauten nicht allein zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit, sondern auch für die Inbetriebnahme notwendig ist, so sollen diese Bauten anderweitig vergeben. Auch Auffüllungsarbeiten sind wieder aufgenommen worden. Leider darf an der Kanalisation und beim Straßenbau nicht gearbeitet werden, weil die Militärbehörde nicht die Erlaubnis zum Aufreißen der Straßen gibt. In dieser Arbeit könnten über 100 Arbeiter beschäftigt werden. Im Wasser- und Pfostenlegewerbe ist die Beschäftigung wieder gut. Während aber die beiden Städte alles tun, um die Arbeitsgelegenheit zu vermindern, tun die Kleinstädte und Dörfer nichts für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Arbeitsgelegenheit könnte manche von diesen Gemeinden schaffen. Sie sind gewöhnt, sich um die Arbeiter überhaupt nicht zu kümmern, weil diese in diesen Gemeinden überhaupt keine Arbeit haben. Die hiesige Unternehmerorganisation vor bis jetzt besteht, die Bautätigkeit zu heben; leider sind ihre Bemühungen wenig erfolgreich gewesen. Welcher zur Fertigstellung der Bauten wären zu haben, die Beschaffung von Spezialmaterial ist aber nicht so leicht. Der Materialmangel ist durch die Minderanzahl der Schiffstransporte beschränkt. Leider fehlt es noch an Fuhrwerk, um das Material an die Bauwerke zu transportieren. Diesen Mangel müssen die Fuhrwerkbesitzer aus und verlangen pro Fuhrer 60-3 Mkr. Das sind 15 bis 20 pht. Aufschlag. Außerdem ist der Kreis-

der in der Hauptsache durch die großen Fuhrerhöfe verflechtet wird, pro Kubikmeter um 40-5 im Preise gestiegen. Die hiesige Handwerkskammer wird Stellung zu dieser Frage nehmen. Klagen über Nichtzahlung des Zinses sind hier von organisierten Unternehmern nicht bekannt gemeldet. Nur der Inflationsunternehmer Pflißmann Johann aus Gedenheim, der erst in diesem Jahre mit Erdarbeiten angefangen hat, hat den Arbeitern am Gedenheimer Bahnhof anstatt 56 1/2 Stundenlohn nur 42 bis 48 1/2. Organisiert ist dieser Herr nicht. Beim Postamt der örtlichen Arbeitgeberorganisation haben wir beantragt, den Arbeitstag zu verkürzen, um Beschäftigungslosen Arbeit zu geben. Darüber soll noch verhandelt werden.

Auf unsere Mitglieder wirkte die Mobilmachung und die Geschäftslähmung wie ein Donnererschlag. Von einer Zahlstelle, die früher ein selbständiger Zweigverein war, ging der Gedanke aus, die Lokalfeste zu verkaufen. Nicht nur die arbeitslos gewordenen, sondern auch die Kollegen, die noch in Arbeit standen, bezogen am 2. August keine Beiträge. Nicht ein Kassierer hatte Beitragsmarken abgestellt. Am zweiten Sonntag war es nicht viel besser. Erst durch unser energisches Eingreifen regelte sich die Beitragsleistung wieder. Die von der Organisation festgesetzte Kostfandunterstützung hat den meisten Kollegen zu geringem Maße geholfen, und die Summe sich von Woche zu Woche erhöht, wird der Wert dieser Unterstützung erkannt. Auch die Spenden haben sich wegen der Aufhebung der Krankentüchtigkeit vermindert und die Mithilfe dieser Maßnahme eingeschränkt. Am meisten zu klagen haben wir über die noch nicht unterstützten überreichten Kollegen; sie suchen sich von der Beitragszahlung zu drücken und melden sich auch nicht, wenn sie arbeitslos sind. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe vor der Mobilmachung rund 4800. Zum 1. August wurden bis 20. August 1207 Kollegen einberufen. Im Laufe des Monats August arbeitslos, am 21. September blieben noch 458 Arbeitslose. Abgerechnet und außer Kontrolle sind 602. Zur Abreise trug viel die Stilllegung der Erdarbeiten bei. Die in Arbeit stehenden Mitglieder sind zum größeren Teil bei städtischen Kostfandarbeiten beschäftigt, ein geringer Teil in anderen Bezirken. Die Hälfte der in Arbeit stehenden Mitglieder ist im Baugewerbe beschäftigt. Die Zahl der zum Militär eingezogenen Mitglieder war am 19. September ebenso groß wie am 20. August. — Die Kriegsfürsorge für die Frauen der in Feld stehenden Kollegen ist sehr verschieden. Staatlichen Unterstützung überall Zufüsse zu den einzelnen Gemeinden in Höhe und der Höhepunkt nicht bei allen Gemeinden gegeben. In der Stadt Mannheim ist die Unterstützung worden. Charitativ ist es, daß es fast nur solche Gemeinden sind, wo die Sozialdemokratie keine Vertretung hat. Aus solchen Gemeinden wurden wir von den Frauen um Unterstützung befragt; sogar ihre Männer, die an der Front stehen, ersuchten uns, ihren Familien zu helfen. Die Hilfe, die die Sozialdemokratie im September voraussetzte, ist nicht überall vorhanden. Dazu kommt noch, daß der Metallarbeiter- und der Fabrikarbeiterverband in Ludwigshafen schon im September Unterstützung ausgingen. Frauen unserer Kollegen kamen infolge dessen zu und machten uns Wortworte, als ob sich unsere Organisation von der Familienunterstützung brüden wollte.

Zweigverein Regensburg.

Schon seit zwei Jahren hat das Baugewerbe in unserem Zweigvereinsgebiet unter einer schweren Krise zu leiden, die durch die Mobilmachung zur Katastrophe wurde. Mit Ausnahme zweier Firmen stellen alle Baugeschäfte in Regensburg am 2. August ihren Betrieb ein. Auch die anderen wurden geschlossen. In der zweiten Hälfte des August haben dann die Baugeschäfte, die noch Aufträge hatten, ihren Betrieb wieder eröffnet, aber der Bedarf an Arbeitskräften war so gering, daß das Herz der Arbeitslosen kaum und auch nicht in Aussicht; keine Reparaturen, keine Fensterausbrüche, Umbau eines Kamins, bieten wohl für einzelne Kollegen für einige Tage Arbeitsgelegenheit, jedoch bleibt dies ohne Wirkung auf die allgemeine Lage. Auch ist es ungenügend, in anderen Bezirken in größerer Zahl unterzukommen. Industrielle Unternehmen sind nur in geringem Umfang vorhanden und diese haben selbst Arbeiter entlassen. Bei der Dampferfabrik von Ende August bis Mitte September dauerte, fanden ungefähr 100 Mitglieder auf zwei bis drei Wochen Beschäftigung. Die beginnende Kartoffelernte bietet keine Aussicht auf Beschäftigung, da die Landwirte mit Vorliebe Frauen und Kinder dazu verwenden. Wir können gerade zum Kriegszustand nicht daran hindern, auch die hiesige Zuckerrübe, die Mitte Oktober ihren Betrieb öffnet, wird nur wenigen Bauarbeitern auf einige Wochen Beschäftigung bieten. Wir müssen deshalb bewahrensamerweise feststellen, daß für die Regensburger Bauarbeiter während des Krieges weder in Baugewerbe noch in der Industrie und Landwirtschaft nennenswerte Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Nur das ist monatliche Arbeitslosigkeit mit all ihren furchtbaren Begleiterscheinungen. So sieht es auch in den anderen Bezirken aus. Wohl hat die Staatseinstellung durch schöne Arbeitsarten die große Arbeits-

losigkeit anerkannt und Abhilfe versprochen; aber wir wissen, was das in der Praxis gemacht wird. Am besten heißt es immer wieder: „Es ist kein Geld vorhanden.“ Ob wirklich durch die Staat etwas Positives geschaffen wird, kann jetzt weder gesagt noch vermutet werden. Ein 100 m langer Hochkanal ist alles, was die Stadt baut, und doch könnte bei etwas gutem Willen sehr viel Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Ein größerer Ausbau der Stadt im Herbst beginnen wollte, ist nun endgültig bis nach Beendigung des Krieges verschoben worden. Der Bau eines städtischen Bades und eines Krankenhauses, das schon im Interesse der Volksgesundheit ausgeführt werden sollte, wurde die Arbeitslosigkeit gänzlich beseitigen. Regensburg mit seinen 55 000 Einwohnern hat weder eine städtische Badeanstalt noch ein Krankenhaus; es dürfte wohl in Deutschland die einzige Stadt mit über 50 000 Einwohnern sein, wo noch solche Zustände bestehen. — Der Tarifvertrag wird von den Unternehmern beantragt, Verträge dagegen sind nicht gemeldet worden. Die tarifliche Arbeitszeit zu verkürzen, ist nicht gut möglich, da es sich nur um Separatarbeiter handelt. Das unter diesen Verhältnissen die Stimmung der Mitglieder nicht gut ist, ist ohne weiteres selbstverständlich. Soweit unsere Mitglieder in Arbeit stehen, gehen sie gegen den Verbandsbeitrag. Leider gibt es auch Kollegen, die nach Beginn des Krieges der Organisation den Rücken kehren; ihre Zahl ist jedoch zu klein, um sich nennenswert auf das Organisationswesen einzuwirken. Diese Kollegen schädigen sich nur selbst, indem sie ihre erworbenen Rechte verlieren. Die Mitgliederzahl ist ganz erheblich gefallen; 208 Mitglieder sind bis jetzt als zum Kriegsdienst einberufen gemeldet. Galtten alle einberufenen Mitglieder ihre Mithilfe eingeleistet, so dürfte sich diese Zahl wohl um 25 bis 30 erhöhen. Wir geben aber nur die, die sich abgemeldet haben. Von den Einberufenen sind 148 Maurer, 104 Schlosser, 16 Stukkatoren. Einige davon sind bereits folgende Bescheidungen an ihren Verbänden gefordert. Die Pflicht der Zurückgebliebenen ist es, treu zur Fahne der Organisation zu halten; denn auch dieser Krieg wird enden und dann geht es mit bestimmten Kräften vorwärts, einer besseren Zeit entgegen.

Bezirk Frankfurt a. M.

Leider die Bautätigkeit im Bezirk Frankfurt schreibt uns die Kriegszustand: Die Bautätigkeit in unserem Bezirk war im ersten Halbjahre 1914 nicht gering. Nach im Juni waren 942 = 5,3 pht. unserer Mitglieder arbeitslos. Der Monat Juli dürfte unter nur wenig geändert haben. Gewaltig war dann die Erschütterung, die mit Ausbruch des Krieges das Baugewerbe erfasste und mit elementarer Macht zunächst vollkommen zum Stillstand brachte. Am schlimmsten war die Wirkung in den Groß- und Mittelstädten. Fast überall waren die Arbeiter von den Baustellen vertrieben, an öffentlichen sowohl wie an den Privatbauten. Selbst dort, wo auf schnelle Fertigstellung der Bauten schon längere Zeit gedrängt worden war, kamen in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch die Arbeiter zum Stillstand. Erst nach Wochen wurden die Betriebe nach und nach in Tätigkeit gesetzt, natürlich in viel geringerer Umfang als vormals. Sehr nachteilig wirkten in den ersten Wochen der Mobilmachung im hiesigen Bezirk die unregelmäßigen Verkehrsbeschränkungen. Die tägliche Verkehrs zwischen ländlichem Wohnort und Arbeitsort war unseren Kollegen fast unmöglich. Noch heute, acht Wochen nach Kriegsausbruch, müssen von den Kollegen große Opfer an Zeit gebracht werden, um morgens an die Baustellen zu kommen und abends zurück zur Familie zu gelangen. Natürlich ist bis heute erst ein Teil der Arbeiter wieder aufgenommen. Selbst die Besetzungen des Staates und der Gemeinden haben keine stärkere Wirkung der Bau- tätigkeit gebracht. Von unsern 20 821 Mitgliedern am Schlusse des zweiten Vierteljahres waren am 20. August nur 5585 im Baugewerbe beschäftigt; 5784 waren zum Militär eingezogen, 8982 waren in anderen Erwerbszweigen tätig und 4208 hatten sich bis zum 20. August arbeitslos gemeldet. Ein sehr betrübendes Resultat! Es waren danach Mitte August nur 18 000 unserer Mitglieder weniger im Gewerbe tätig als am Anfang des Monats Juli. Das sind aber nur Zeitfragen. Rund 70 000 Bauarbeiter waren in den letzten Jahren im Bezirk der Beständigen Baugewerbetätigkeit beschäftigt. Die oben angegebene Zahl ist ein Drittel der im Bezirk beschäftigten Bauarbeiter.

Vom 20. August bis 20. September war eine langsame Besserung der Bautätigkeit in fast allen Orten zu erkennen. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist in allen Bezirken zurückgegangen. Das ist jedoch nicht allein auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zurückzuführen; die stärkste Entlastung hat der Arbeitsmarkt dadurch erfahren, daß in den vier Wochen der Landsturm zum Kriegsdienst eingezogen worden ist. Soweit die Beseitigung der Arbeitslosigkeit dazu beigetragen hat, ist leider zu befürchten, daß die leichte Beseitigung nicht dauerhaft sein wird. Bei der Privatbau- tätigkeit handelt es sich fast ausschließlich um bereits begonnene Arbeiten, die fertiggestellt werden. Auf neue Arbeiten können wir bestimmt nicht rechnen. Der Krieg mit seiner geldverzehrenden Wirkung hat die Spekulation unmöglich gemacht. In dieser harten Krise unseres Wirtschaftens wird die private Bautätigkeit in den nächsten Monaten schlechter; nur ganz besondere Maßnahmen können daran etwas ändern. Die öffentliche Bautätigkeit wird deshalb vermindern, mit ganzer Kraft den schärfsten Wirtschaftlichen entgegenzukommen. Leider ist auch hier zu befürchten, daß im Augenblicke die Kräfte nicht ausreichen sind. Auf solche Verhältnisse sind Staat und Gemeinden nicht eingerichtet. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Be-

Bauhilfen und die im Krieg gewöhnlich auftretende Erhöhung der Preise für Bauhilfen und Arbeitsleistung und wegen der kurzen Fristen für die Fertigstellung der Bauten zugefanden werden. Dabei sei vorausgesetzt worden, daß tatsächlich auch die Bauminerung zur Zahlung höherer Löhne durch die Verhältnisse gezwungen sein würde. Wenn die Firmen Frey, Gatz, Berg & Co. nur die tarifmäßigen Stundenlöhne zahlen, so sei das sehr bedauerlich. Der Intendantur sei indessen leider keine Handhabe zur Seite, die Firmen zur Zahlung höherer Löhne entsprechend den ihnen zu zahlenden Preisen zu veranlassen.

Die Innung hatte mittlerweile beim Obermeister einen Arbeitsnachweis eingerichtet und somit eine Kontrolle über die Arbeitssuchenden. Als sich herausstellte, daß sich mehr Arbeiter meldeten, als notwendig waren, beschloß die Innung, daß Arbeitgeber, die Arbeiter zum tarifmäßigen Lohn erhalten könnten, auch nur diesen zu zahlen brauchten. Alles das geschah, ohne daß sich die Innung mit uns darüber zu verhandeln suchte. Ja, die Unternehmer erfüllen nicht einmal die vertraglichen Bestimmungen für die Lohnzahlung bei Sonntagsarbeiten. Die Mitglieder der Bauminerung sind auch Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, und der Obermeister ist Vorsitzender der hiesigen Schlichtungskommission. Wir richteten deshalb ein Schreiben an den Arbeitgeberverband, in dem wir gegen die Verletzung des Tarifvertrages Beschwerde erhoben und an das patriotische Empfinden der Arbeitgeber appellierten, doch dafür zu sorgen, daß die zuerst beschlossene Zulage mit Rücksicht auf die in Folge des Krieges eingetretene Verteuerung des Lebensunterhaltes von allen Firmen gezahlt werde. Auch auf die Verletzung des Tarifvertrages durch die Nichtzahlung der Zulagen für Sonntagsarbeiten wurde aufmerksam gemacht. Der Arbeitgeberbund antwortete, die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes seien gehalten, für den durch Tarif festgesetzten Lohn zu arbeiten. Von einer Verteuerung der Lebensmittel könne nicht die Rede sein, da diese Preise amtlich geregelt seien und teilweise sogar eine Preisobergrenze gegen die Preissteigerung erfassen hätten. Was die Lohnzulage beim Bau der Baracken betreffe, so sei diese rein privater Natur der an den Barackenbau beteiligten Firmen gewesen und habe mit unserm beiderseitigen Vertrage nichts zu tun. Auf die Mitteilung, daß der Tarifvertrag verletzt werde, ging der Arbeitgeberbund überhaupt nicht ein. Er gab auch keine Antwort, als er erneut darauf hingewiesen und als seine sonstigen Behauptungen widerlegt wurden. Dieses Verhalten der Unternehmer zeigt, daß sie nur so lange Tarifverträge sind, als sie durch den Druck der Organisation gezwungen werden.

Die private Bautätigkeit liegt arg darnieder. Von dem bereits vor dem Kriege in Angriff genommenen Bauen ist ein Teil wieder aufgenommen und wird hoch fertig sein. Dann wird höchstwahrscheinlich die gesamte Bautätigkeit ruhen. Von den 978 zurückgebliebenen Mitgliedern arbeiten augenblicklich im Baugewerbe 312. 76 sind arbeitslos, die andern sind in andern Gewerben beschäftigt. Der hiesige Magistrat hat gegen die Arbeitslosigkeit bis jetzt noch nichts unternommen, obwohl die sozialdemokratische Parteileitung diesbezügliche Anträge an ihn gerichtet hat.

Zweigverein Kattowitz

Verheerend wie eine Sturmflut, die am Strande alles vernichtet, wirkte die plötzliche Mobilmachung auf das ober-schlesische Baugewerbe. Schon am 31. Juli und 1. August, als der Krieg noch nicht erklärt war, flohte das Baugewerbe fast vollständig. Erst nach 14 Tagen, als aus dem geräuschelten Einmarsch der Russen in Oberschlesien nichts wurde, trat eine Besserung ein. Die Regierung sorgte dafür, daß alle städtischen und landlichen Arbeiten wieder aufgenommen wurden, mit Ausnahme vom Kneipen- und Kneipen- und dem Kgl. Polytechnicum in Kattowitz. Die Ursachen dieses Stillstehens sind nicht bekannt. Vom Polytechnicum erklärte ein ganz schlaues Kollege: „Dies Präsidium ist jetzt in Kattowitz nicht notwendig; es werde später noch hinter Sosnowitz in russisch-Polen verlegt werden.“ Seit Beginn des Krieges sind im Industriegebiet nur ein staatliches sowie vier Privatgebäude in Angriff genommen worden. Im übrigen sind die ober-schlesischen Bauarbeiter auf die Fertigstellung der vorhandenen Ausbauten und Umbauten angewiesen. Die Ausschichten für die nächste Zeit sind daher für unsere Kollegen sehr trübe. Auch die andern Berufe sind durch den Kriegsausbruch in Mitleidenschaft gezogen worden. Während der Bergbau früher zwei bis drei Schichten inner-halb 24 Stunden förderte, wird jetzt nur eine Schicht ver-fahren. Das liegt zum Teil an dem fehlenden Wagenmaterial. Einzelne Güttnerwerke haben noch vollen Beschäftigung, während andere in der Woche nur vier Schichten arbeiten lassen. Auch zu einer täglichen Arbeitszeitverlängerung mußten einige greifen, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Willkürer sind die ober-schlesischen Eisenhüttenwerke noch genügend versehen, so daß da in absehbarer Zeit ein Mangel nicht eintreten wird.

Das Organisationsleben wurde durch die Eingiehung von Vertrauensleuten, die dem Mangel an Kleingeld für 14 Tage fast vollständig unterbunden. Das Spielern der Bierge-lösung trieb die sonderbarsten Willen. Während Kollege die M. 24 Lohn zu erhalten hatten, nur M. 30 erhielten, er-hielten andere statt M. 37 wieder M. 40 ausgehört. Viele Kollegen glauben, mit dem Beginn des Krieges habe jedes Organisationsleben auf. Manche entgegneten: „Der Staat nimmt ja doch den Verwertlichkeiten das Geld weg, wo es da noch Beträge zahlen?“ Aber alle diese unfinnigen Redens-arten verstimmen, und die Kollegen sehen ein, daß es jetzt erst recht notwendig ist, zusammenzuhalten, wenn das, was bis jetzt erreicht worden ist, nicht in die Brüche gehen sollte. Die Aufforderung der Bundeskammer, niemand zu ent-

lassen und lieber den Lohn zu kürzen, war ein gesundes Freisetzen für unsere Unternehmer. Selbst solche, von denen man dies nie erwartet hatte, versuchten Lohnkürzungen vorzu-geschlagen. So ging ein altschlesisches großes Kattowitzer Bau-gesellschaft nach Beginn des Krieges ein Plakat aus: „Lohn wird nur nach Leistung bezahlt.“ Tatsächlich wurde auch der Lohn um 5 % gekürzt. Durch das gleichzeitig eintreffende Schreiben des Arbeitgeberverbandes ging dem Arbeitgeber ein Licht auf und er regelte das „Versehen“. Ebenso sind Lohnkürzungen in Tarnowitz beim Amtsgericht und den Katernen-bauten versucht worden. Durch das Eingreifen der Organi-sation sind die alten Zustände wieder hergestellt worden. In Königsbrunn und Bautzen, wo bei städtischen Bauten das gleiche versucht wurde, schweben die Verhand-lungen noch. Zu einer Verkürzung der Arbeitszeit, um so den gestrichelten vorhandenen Arbeitslosen Beschäftigung zu ver-schaffen, haben sich die ober-schlesischen Unternehmer noch nicht aufgeschlossen können.

Die Zahl der gemeldeten zum Militär eingezogenen Kollegen beträgt rund 200. Tatsächlich müßte ihre Zahl doppelt so hoch sein. Über viele Kollegen wurden durch die Ereignisse überrascht. Während sie am Sonntage noch nach-mittag noch nichts ahnend in ihre Heimat fuhren, fanden sie in ihrer Heimat den Mobilmachungsbefehl vor. Dies be-deutete für viele die sofortige Einberufung, so daß sie keine Zeit und Gelegenheit mehr hatten, sich abzumelden. Das Vorgehen des Dolgarbeiterverbandes (Unterstützung der un-ter-schlesischen Kollegen) rief bei vielen Kollegen und den Frauen der uns sehr Geschiedenen eine Mißstimmung hervor, die sich nach den letzten einschlägigen Beschlüssen wohl legen wird. Die vom Verbandsvorstand getroffenen Maßnahmen wurden in allen Versammlungen als richtig anerkannt. Mit-ter ins Leben tretenden Notstandsunterstützung erklärten sich die Kollegen einverstanden. Notstandsarbeiten sind im Bezirk noch nicht in die Wege geleitet worden. Erst durch die Gewerkschaftsarbeit wird diese Frage ins Rollen gebracht werden. In einzelnen Orten ist das auch schon geschehen.

Zweigverein Wänaen i. S.

Das Jahr 1914 war für die hiesige Bauarbeiterschaft schon vor Ausbruch des Krieges das schwerste bis jetzt erlebte Krisenjahr. Um so verheerender wirkte die Mobilmachung. Die Arbeitslosigkeit erreichte ihren Höhepunkt in der dritten Kriegswelle. Fast sämtliche Bauarbeiten ruhten, ein Teil der städtischen und landlichen Bauten nicht aufgenommen. In der dritten Woche waren von vorher 49 Bauten nur noch 16 im Betrieb, und auch diese nur mit schwacher Beschäftigung. Von 1275 beschäftigten Mitgliedern des Stadtgebietes im Juli 1914 waren am 2. August über 400 eingezogen und nur noch 450 beschäftigt. Die Privatbautätigkeit ruht, abgesehen von kleineren notwendigen Arbeiten, vollständig; jedoch ist in den letzten Septemberwochen hier eine kleine Besserung eingetreten. Hoffentlich hält sie an. Die Staats- und Gemein-debauten ruhen teilweise aus Mangel an Material, zu dessen Beschaffung die Transportmittel fehlten. Es fehlte aber auch an der nötigen Entlohnung der Bedörfe. Anwohner wurden mande Arbeiterarbeiten in Angriff genommen (Straßen-anlagen, Flugzeuganlagen usw.), so daß die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von 600 auf 250 sank und im letzten November begriffen ist. Auf dem Gemeinde- und Staats-bauten wird wieder mit dem alten Ansatze von Kräfte-arbeitet wie vor dem Krieg. Zulagen auf Mehrleistung weiterer Arbeiter sind uns von der Behörde gemacht worden. In andern Berufen haben unsere Kollegen so gut wie gar keinen Unterschlupf gefunden. Ist doch die hier vorkommende Spinnenindustrie noch streckreicher von dem Kriege mit seinen Begleiterscheinungen betroffen als das Baugewerbe. In einigen Fällen sind mit den Unternehmern, so mit der Firma Welle (Wohnungsgesellschaft), Vereinbarungen über dreitägige Arbeitsstunden getroffen worden, wodurch die Kollegen eine gerechtere Arbeitsverteilung erlangten. Leider wird diesen Maßnahmen von unsern Kollegen und auch von den Unter-nehmern nicht immer das nötige Verständnis entgegengebracht.

Die Beitragszahlung unserer arbeitenden Kollegen läßt viel, sehr viel zu wünschen übrig. Der Selbstbaritäts-gedanke, den man in der jetzigen Zeit weit über unsere Kreise hinaus in die Tat umzusetzen muß, sollte bei unsern Kollegen erst recht wirksam sein. Es ist bedauerlich, daß dies bei einem Teile unserer Mitglieder nicht der Fall ist. Diesen rufen wir zu: „Bemint euch auf eure Pflicht erben leidenden Weibern gegenüber; gebt eurer Mitwelt ein leuchtendes Beispiel.“ Für unsere schlesischen Kollegen sind die Verhältnisse nicht besser. In manchen Orten ist gar keine Bauarbeit vor-handen. In Bautzen hat der Unternehmer D i j g h a die Löhne von 62 % auf 35 und 40 % herabgesetzt. Keiniges haben andere Unternehmer getan, die sich trotzdem als große Patrioten ausweisen und in überschmeichelnden Worten des Volkes Eingiehung und die Löhne der im Felde stehenden Krieger weihen. Wir wollen aber auch nicht verstehen, daß an diesen Verhältnissen ein größerer Teil der anständigen Kollegen mit schuld ist, indem sie dieses Gebahren nicht einmütig zurück-wiesen. Selbstverständlich erfordert dies persönliche Opfer, ohne die wir überhaupt nichts erreichen. Anstatt aber diese zu bringen, stellen sie lieber die Zahlung der Beiträge ein mit wenig oder gar keinem Vorbehalt der Neuerung: „Der Verband muß ein wenig mehr zahlen, wenn wir zahlen.“ Ferner gibt es kein Mitglied, das sich nicht entschließen würde, die Organisation zu verlassen, die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen Kollegen wollten auch nicht einsehen, daß die Organisation zuerst an die arbeitslosen Kollegen denken muß. Es ist oftmals vorgekommen, daß sie dem Zweig-vereinsvorsitzende die bittersten Vorwürfe gemacht haben, weil

ja einige andere Organisationen Unterstützung gesucht haben. Ist das Los dieser Frauen auch bitter, so sollten sie doch bedenken, daß es noch bitterer ist, wenn einer hungernden arbeitslosen Familie, die von keiner Seite Unterstützung erhält, aus Mangel an Mitteln von uns keine Unterstützung ausgeht werden kann. Den Arbeitslosen geben wir den Rat, bei jeder Gelegenheit vom Staat und von der Gemeinde Arbeit oder Brot zu fordern. Das solidarische Zusammen-arbeiten aller Volksgenossen und erst recht aller Kollegen ist in dieser schicksalsschweren Zeit eine dringende Pflicht. Jeder folge deshalb willig den Anordnungen der Organisation.

Zweigverein Stettin

In Stettin war die Arbeitslosigkeit von Mitte Mai an gut, so daß außer den anständigen noch rund 800 Kollegen aus der Langandere Beschäftigung fanden. Trotzdem wurden immer noch Maurer gesucht, während einige Bauhilfsarbeiter arbeitslos blieben. Unter Arbeitslosigkeit hatten hauptsächlich die Stukkateure zu leiden, die teilweise zwei bis drei Monate keine Beschäftigung fanden. Während wir am 31. Juli fünf arbeitslos hatten, stieg die Zahl in der ersten Augustwoche auf 117, weil in der ersten Augustwoche viele Arbeitsstellen stillgelegt wurden. Da auf den meisten Bauten inzwischen die Arbeit wieder aufgenommen wurde, außerdem viele Kollegen zu Schanz- und Festungsarbeiten geschickt sind, waren am 22. August noch 73 Arbeitslose vorhanden. Am 29. September meldeten sich 61 Kollegen zur Kontrolle. Wenn man die Beschäftigten in Betracht zieht, ist die Arbeitslosigkeit ein wenig nicht sehr groß; denn am 25. September vorigen Jahres hatten wir 90 Arbeitslose. Von den städtischen Arbeiten sind die Neubauten der Grenadierkasernen wieder in Angriff genommen. Auf dem Kaufmannsheim ist die achtschichtige Arbeiterzeit eingeleitet, während die Mädchenmittelschule und der Kanalbau in der Grenzstraße ruhen. Auch das Marienpflanzgymnasium soll vorläufig liegen bleiben, ebenso die Garnisonkirche, weil es an Aufsichtsbearbeitern mangelt. Einer vom hiesigen Ge-werkschaftsrat bei den Bauverwaltungen vorgelegte Ge-worbenen Deputation wurde als Verhütung mitgeteilt, daß mit den Gebäuden zum Bau der Oberzollinspektion begonnen werden soll. Auch das Oberpräsidium soll bald in Angriff genommen und die Arbeiter bei der Mittelschule fortgesetzt werden. Von diesen ganzen Arbeiten ist bis jetzt leider wenig zu sehen. Von den 1350 Mitgliedern, die wir am 1. August hatten, sind bis jetzt 348 zum Kriegsdienst eingezogen; außer dem sind noch 104 teils mit, teils ohne Abmeldung abgereist, so daß wir augenblicklich noch 898 Mitglieder haben. Die Beitragszahlung ist zufriedenstellend; doch wünschen viele Kollegen, daß für die Familien unserer im Felde stehenden Kollegen eine monatliche Unterstützung eingeführt wird, wie es bei andern Verbänden der Fall ist. (Diese Unterstützung hat auch bei andern Verbänden inzwischen aufgehört. Die Red.)

Zweigverein Weistrom

Im Juli hoffen wir noch auf einen Aufschwung der Bautätigkeit und der Mitgliederbewegung. Es sollten eine Reihe staatlicher und städtischer Gebäude (Fremdenheim, Reichsschulgebäude, Kranenbauernweiterungsbauten und eine größere Anzahl Dienstwohngebäude) zur Ausführung kommen, ferner verschiedene größere und kleinere bauliche Anlagen, Parkanlagen und dergleichen. Auch die private Wohnungs-tätigkeit dürfte nicht zurückgefallen. Durch den sich festsetzenden Gebrauche an Soldaten und arbeitslos wäre sie ohne Zweifel gut geworden. Unsere Sache stand also gut. Die Bewegung war flott im Zuge, und Hunderte hätten wir wieder für unsere Sache gewinnen können. Mit dem Ausbruch des Krieges haben wir in unserm Zweigvereinsgebiet eine schwere Schläge erlitten. 441 Kollegen unserer Zweig-vereins sind bis 18. September zu den Fronten eingezogen worden. Davon waren 348 verheiratet, 108 ledig. Von den Verheirateten hatten 59 Kollegen ein Kind, 64 zwei Kinder, 41 drei Kinder und 47 vier und mehr Kinder. Welche Un-lücke von Not liegt schon in diesen nackten Zahlen! Dazu kommen jene, die durch den Krieg arbeitslos und damit trostlos geworden sind. Sie sind an Zahl nicht gering, da bei uns mit dem ersten Tage der Mobilmachung nahezu alle Bauarbeiten eingestellt worden sind. Staatliche, städtische und Privatbauten lagen still. Kein Baunerschlag erlangt. Nach Ablauf der ersten Wochen der Aufregung wurde dann die Arbeit an den staatlichen und städtischen Bauten wieder aufgenommen, allerdings nur in beschränktem Maße. Doch hoffen wir, daß die Finanzverwaltung weitere Bauten noch erfolgen wird, da ja gerade von der Regierung solcher schon öffentlich zugelegt wurde. Die private Bautätigkeit liegt, von etlichen Ausnahmen abgesehen, lahm. Die Postung unserer arbeitslosen Kollegen, Verdienst zu bekommen, ist daher äußerst gering, da auch das Unterkommen in andern Gegenden fast unumgänglich ist. Eine staatliche Anzahl-überhebung nach Unternehmung in der neuerbauten Zuckerrabrik, allerdings zu einem Verdienst von nur M. 3 bei zehntägiger Arbeitszeit.

In anerkennenswerter Weise hat nun unsere Stadt-gemeinde unter leitender Mitwirkung unserer Vertreter eine Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Diese Unter-stützung setzt sich zusammen aus Geldunterstützungen, Zu-gehörfen zur Wohnungsmiete und Notstandsarbeiten. Die Geldunterstützung beträgt den Tag 50, 40 und 30 % für jedes Kind unter 14 Jahren weitere 15 %. Die Geldun-terstützung darf für eine Familie M. 2 den Tag nicht über-schreiten. Die Zuschüsse zur Wohnungsmiete sind je nach Be-dürfnis verschieden. Die Notstandsarbeiten werden je nach der Notwendigkeit vom Gemeinderat bestimmt. Solche er-gänzliche Unterstützungen wären für unsere Kollegen auch in

in der Altmark 1,20, Strehla -90, Schippenbeil -45, Sachwitz -90, Sprottau -45, Striegau -30, Sagan -30, ...

Vom Bau.

sk. Rechtsgültigkeit einer ausschließlich den Schutz gewerblicher Arbeiter bewerkstelligenden polizeilichen Vorschrift. (Urteil des Kammergerichts vom 20. Februar 1913.)

Vom Haupttarifamt.

Tagesordnung für die Sitzung des Haupttarifamts. Die nächste Sitzung des Haupttarifamts findet in der Zeit vom 21. bis 23. Oktober in Frankfurt a. M. statt.

Table with 4 columns: Nummer der Sache, Ortsgruppe, Antragsteller, Gegenstand. Contains various entries from Hamburg, Hannover, Bielefeld, etc.

Eingegangene Schriften.

"Kraftstreifen." Monatliche Bildungsorgan für densten Arbeiter. Herausgegeben von Julian Borchardt.

Briefkasten.

An unsere Briefkasten, die ihre Berichte mit der Maschine schreiben, richten wir wiederholt die Bitte, die eine Gelenksentzündung bei uns Berichten, die gedruckt werden sollen, zu vermeiden.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode die Mitteilung gemacht wird.)

Zentralrankenkasse.

Im Monat September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Albershof 4,100, Bredel 192,50, ...

Friedrich Walter Peters, geb. 1. Oktober 1895, wird beklagt, Nachricht an seine Eltern zu schicken. Adresse: Hamburg 22, Grindelallee 25, 2. Et. [M. 1,20]

Bersammlungen.

Welsig, Sonntag, den 18. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Vereinslokal (Zehel). Berlin 2. (Rankenkasse.) Sonntag, den 26. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Hofstadter Lokal, ...

